

Regionalbund

standpunkt

DER WIRTSCHAFT

AZA 4410 Liestal

Standpunkt-Ausgabe Nr. 302 – 14. Jahrgang

EDITORIAL



Christoph Buser
Landrat, Bereichsleiter
KMU-Förderung,
Wirtschaftskammer
Baselland

Brandbeschleuniger

Nein, ich bin weit davon entfernt, die Schweiz mit Haiti zu vergleichen, wo bei den letzten nationalen Wahlen Urnen entwendet und deren Inhalte in der Landschaft verstreut wurden. Allerdings können wir auch nicht einfach darüber hinweggehen, wenn auch bei uns – im Baselbiet! – kürzlich dasselbe geschehen ist. Wir können auch nicht einfach wegsehen, wenn nach wie vor Wahl- und Abstimmungsplakate beschmiert, zerstört oder einfach entwendet werden. Und noch weniger dürfen wir auf die Seite schieben, wenn Politikerinnen und Politiker nicht nur niedergeschrien und angepöbelt, sondern auf deren Wohnsitze auch Anschläge verübt, ja einzelne von ihnen sogar auf offener Strasse zusammengeschlagen werden.

Zweifellos: Die politischen Auseinandersetzungen sind härter und häufig auch unerbittlicher geworden. Das ist im grundsätzlichen demokratischen Verständnis auch nicht falsch, wenn dabei minimale Grenzen eingehalten werden. So darf, ja soll aus meiner Sicht eine politische Auseinandersetzung auf der sachlichen Ebene auch hart geführt werden – solange dabei nicht auf die Person gespielt wird. Für mich ist klar, dass die auch gewalttätige Verhinderung der Darstellung einer Meinung – ob das jetzt verschmierte Plakate, inszenierte Tumulte an Veranstaltungen und erst recht körperliche Gewalt gegen politische Personen sind – in unserem Land nichts zu suchen haben und von den verantwortlichen Behörden auch mit aller Schärfe geahndet werden müssen. Wer derlei Taten auf die leichte Schulter nimmt, sie durch Schweigen billigt oder sogar offen dafür noch «Verständnis» zeigt, betätigt sich zwar nicht als «Brandstifter», jedoch als «Brandbeschleuniger». Beides müssen wir zu verhindern versuchen.

HEUTE IN DER

Gewerbezeitung

FISKALPOLITIK	1
Linke will eine neue «Pendler-Steuer» auf Kosten der KMU.	
GRAFISCHES GEWERBE	5
Weitere 1000 Unternehmen sollen bis 2020 verschwinden.	
WIRTSCHAFT	7
Die ketzerischen Ansichten des Publizisten Beat Kappeler.	

DEMOKRATIE – Gedanken zu den traditionellen Werten und zu aktuellen Entwicklungen in der Schweiz und in Europa.

Wir sind das Volk!

Die Montagsdemonstrationen 1989 in Leipzig oder auch zu «Stuttgart 21» im vergangenen Jahr, der geradezu revolutionäre Aufstand in Tunesien sowie – aktuell – in Ägypten: Die immer drängenderen Forderungen breiter Bevölkerungskreise in immer mehr Ländern für auch mehr direkte Mitsprache bei politischen Entscheiden werden in der Schweiz mit Staunen zur Kenntnis genommen. Wie aber steht es derzeit mit unserem eigenen demokratischen «Klima»?

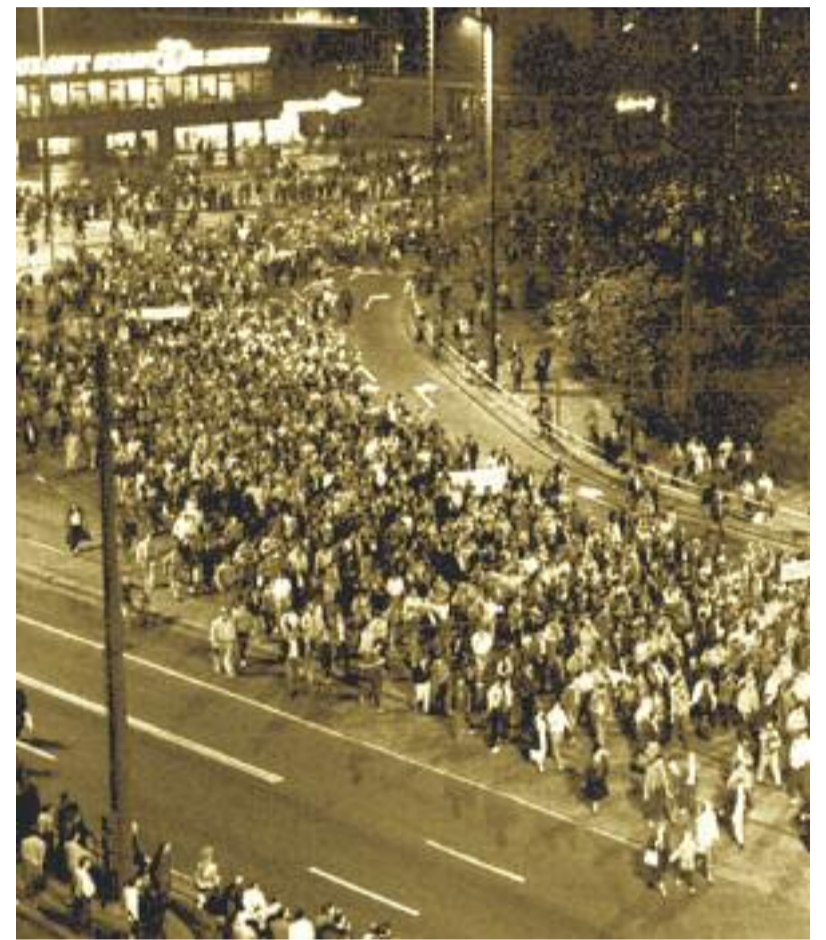
Schweizer Selbstverständlichkeit

Was die Bevölkerungen in mehr oder weniger diktatorisch regierten Feudalherrschaften, aber auch Bürgerinnen und Bürger in repräsentativen Demokratien in Nachbarländern fordern, gehört in unserem Land seit spätestens 1848 – seit der Gründung unseres Bundesstaates – zur Selbstverständlichkeit: Die direkte Demokratie bietet allen Schweizerinnen und Schweizern auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene direkte Einflussnahme bzw. – falls notwendig – das letzte Wort. Und zwar nicht nur bei der Wahl der politischen Vertreterinnen und Ver-

tretern in die Parlamente, sondern in der Regel etwa zwei- bis viermal pro Jahr zu Sachfragen in Gemeinde, Kanton und Bund.

Auch Steuererhöhungen demokratisch zugestimmt

So wird im Gespräch zum Beispiel mit deutschen Politikerinnen und Politikern immer wieder diese direkte Demokratie bewundernd hervorgehoben – allerdings oft auch mit der Zusatzbemerkung, dies wäre wohl in Ländern wie Deutschland kaum in dieser Konsequenz umsetzbar. Es steht uns nicht zu, die Staatsform zum Beispiel von Deutschland und deren demokratische Spielregeln zu kommentieren oder gar zu werten. Dies auch nicht, weil einzelne Bundesländer das Instrument der Volksbefragung kennen und auch einsetzen – etwa Bayern vor kurzem mit seiner Abstimmung über das Rauchverbot. Dennoch wurden bzw. werden auch bei uns die wochenlangen Demonstrationen in Stuttgart gegen oder für das neue Bahnprojekt «Stuttgart 21» mit grossem Interesse verfolgt. Und manche Schweizer dürften überzeugt sein, dass dieser



Montagsdemonstration in Leipzig im Oktober 1989: «Wir sind das Volk!»

Widerstand «in letzter Minute» gegen ein längst beschlossenes Projekt wohl nicht entstanden wäre, wenn zu einem früheren Zeitpunkt eine Volksbefragung stattgefunden hätte – etwa so wie im Kanton Zürich Anfang der 80er-Jahre mit der Abstimmung über ein ganz ähnliches Projekt für die S-Bahn im Kopfbahnhof Zürich. Viele Deutsche, aber auch Franzosen, können es übrigens kaum glauben, dass Schweizer Stimmbürger sogar Steuererhöhungen zustimmen, wenn

sich solche als notwendig erweisen – etwa kürzlich die Erhöhung der MwSt. zugunsten der IV-Sanierung.

Bitte keine Selbstgerechtigkeit!

Grund genug also für die Schweizerinnen und Schweizer, mit Genugtuung, ja auch mit einer gewissen Selbstgerechtigkeit gegenüber anderen Ländern sich im Fauteuil der direkten Demokratie zurückzulehnen? Nicht wirklich!

FORTSETZUNG NÄCHSTE SEITE

LANDRATSVORSTOSS – Quasi-Monopolstellung erneut harsch kritisiert. EBM konkurrenziert weiterhin die KMU

Nicht zum ersten Mal ist das Geschäftsgebaren des Quasi-Monopolisten EBM Anlass für Kritik in der Baseltbieter KMU-Wirtschaft und im Landrat. Denn kaum war das aus dem Jahre 2008 stammende Postulat zum gleichen Thema am 13. Januar 2011 als erledigt abgeschrieben, sahen sich die Landräte Hansruedi Wirz, Christoph Buser und Urs Berger erneut veranlasst, am 27. Januar ein Postulat gegen die Konkurrenzierung des Baseltbieter Gewerbes durch die «halbstaatlich» getragenen Baseltbieter Stromversorger einzureichen.

Gewerbliche Deckmantel-Angebote

In ihrem Postulat halten die drei Landräte fest: «Das lokale Gewerbe zeigt sich besorgt, dass die grossen Stromversorgungsunternehmen unter dem Deckmantel der «energetischen Sanierung bestehender Bauten» in zahlreichen klassischen gewerbli-

chen Branchen mit ungleich längeren Spiessen übervorteilte Konkurrenzangebote schaffen. Die Stromversorgungsunternehmen argumentieren, dass seit Inkrafttreten des neuen Stromversorgungsgesetzes ein regulärer Wettbewerb stattfände, weil Quersubventionierungen seither auf dem regulatorischen Weg ausgeschlossen seien. Ein Hinweis, den auch der regierungsrätliche Rechtsdienst bei der Postulatsbeantwortung anbringt.»

Ungleiche Wettbewerbspieesse

Nichtsdestotrotz sei, so die Landräte, der Status der Stromversorger nicht mit «normalen» Marktteilnehmern zu vergleichen. Die Tatsache, dass nach wie vor ein Monopol in der Grundversorgung und ein Quasi-Monopol in der darüber hinaus gehenden Versorgung existiere, verleihe den Stromversorgern in der Praxis substanzielle Vorteile. Kunden sähen die Strom-



Landräte Hansruedi Wirz, Christoph Buser und Urs Berger.

versorgungsunternehmen nicht selten in der Rolle einer Obrigkeitinstanz. Auch nicht «im üblichen Rahmen» seien deren finanzielle Rahmenbedingungen. Im Postulat heisst es weiter: «So hat beispielsweise die EBM im März 2009 ihre 100 Prozent Tochterfirma EBM Ecotec AG (hervorgegangen aus der ehemaligen, von der EBM übernommenen Herrli AG) neu aufgestellt und sogleich mit zusätzlichen 3 Millionen Franken Aktienkapital ausgestattet. Geld, das aus den Renditen aus dem Grundgeschäft – also als Resultat einer übermässigen Abschöpfung mit

überhöhten Strompreisen – resultiert. Hinzu kommt: Heute, knapp ein Jahr später, beschäftigt diese Firma bereits über 40 Mitarbeitende.» Ausserdem: «Die EBM Ecotec AG bewegt sich mit dem EBM-Logo – und damit mit enormem Profit und direktem Nutzen aus dem breit gefächerten und grossflächig wirkenden Dachmarken-Marktauftritt der EBM – aggressiv am Markt.»

Klare Forderungen der drei Landräte

Die Regierung soll nun prüfen, ob sich das in Frage gestellte umfassende Engagement der Stromversorger im Bereich der energetischen Sanierungen tatsächlich aus der Baseltbieter Energiestrategie ableiten lasse oder ob damit Investitionen getätigt würden, die über das Kerngeschäft hinaus gingen. Weiter verlangt der Vorstoss, es sei zu prüfen, ob und wie sichergestellt werden könne, dass in den fraglichen Bereichen ein fairer Wettbewerb zwischen den vielen betroffenen KMU sowie den Tochterunternehmen der Quasi-Monopolisten stattfinden könne, die – wie die EBM Ecotec AG – mit dem EBM-Logo werben würden. *ebo.*

FORTSETZUNG VON SEITE 1

So zeigt eine vertiefte Analyse der jüngeren Entwicklung der demokratischen Praxis in unserem Land einige Entwicklungstrends auf, die auch zu Sorge Anlass geben müssen:

DDR: Musterland der Demokratie?

So jüngst der Befund einer Studie, die in einen «Demokratie-Barometer» mündete, mit dem die demokratischen Qualitäten in verschiedenen europäischen Ländern untersucht und gewertet wurden.

Die Autoren stammen einerseits aus dem Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, aber auch – man lese und staune – aus dem «Zentrum für Demokratie» der Universität Zürich, dessen Mitarbeit an der Studie vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) im Rahmen eines «Nationalen Forschungsschwerpunkts» mitfinanziert worden ist.

Fazit der Studie (unter anderem): Im Ranking der besten Demokratien in Europa liegt die Schweiz nur im Mittelfeld – nicht zuletzt deshalb, weil in unserem Land die Stimmbeteiligung in der Regel bei plus/minus 40 Prozent liege; das heisst, viele – gerade unterprivilegierte – Bevölkerungskreise ihre demokratischen Rechte nicht nutzen.

Wenn derlei Wertungen von einem Nichtschweizer erstellt werden, so kann man dies noch nachsehen. Solche haarsträubenden Interpretationen unterstützt aber auch ein Schweizer «Wissenschaftler». Gemäss solcher Kriterien wäre ja eigentlich die ehemalige DDR, die bei Wahlen – im Volksmund «Zettelfalten» – jeweils mit einer Beteiligung von gegen 100 Prozent «brilliert» hatte, ein demokratisches Musterland gewesen... So ein Unsinn! (Siehe auch die Kolumne von Peter Amstutz auf Seite 3)

Wachsende Kritik aus dem Aus- und Inland

Diese Studie mit massgeblicher Schweizer Beteiligung ist ein weiteres Steinchen im wachsenden Mosaik der Kritik an unseren traditionellen demokratischen Strukturen,



Keine (fremden) Richter gelobten sich schon die alten Eidgenossen im Bundesbrief von 1291. BILD FOTOLIA

DEMOKRATIE – Das Volk hat das letzte Wort. Keine «fremden» Richter!

die aus Politikerkreisen der EU spürbar zunehmen, vor allem aber im eigenen Land von eigenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern immer dreister laut werden.

Man mag von den beiden Abstimmungen zum Minarettverbot oder zur Ausschaffungsinitiative thematisch halten was man will (das ist hier auch nicht das Thema): Der abschliessende Entscheid des Souveräns war deutlich. Und so hätte es eigentlich auch keinerlei Grund gegeben, an diesen Resultaten nach dem Urnengang zu rütteln.

Jedoch: Eine Gruppe von selbsternannten politischen «Meinungsführern» forderte nach beiden Abstimmungen, diese Entscheide müssten umgehend durch die EU via Europäische Menschenrechtskonvention rückgängig gemacht werden. Einzelne Bundesratsmitglieder sahen sich veranlasst, im Ausland für diese Entscheide sich quasi zu entschuldigen bzw. ihr verstecktes Bedauern darüber zu äussern.

Offenbar «ermutigt» von solchen Stimmen aus der Schweiz selbst sahen sich denn auch etliche Polit-

grössen der EU veranlasst, diese Volksentscheide ebenfalls zu kritisieren. Dies selbst in EU-Ländern, die fast kritiklos beispielsweise schon ein generelles Burka-Verbot verfügt oder aber EU-Bürger EU-rechtswidrig in deren Heimatland abzuschieben beabsichtigt bzw. abgeschoben hatten.

Interessant an diesen Politiker-Reaktionen aus dem benachbarten Ausland war allerdings, dass in diesen EU-Ländern in unzähligen Blogs und Chats, aber auch in direkten Gesprächen mit der Bevölkerung bei beiden Abstimmungen praktisch nur Zustimmung zu den Schweizer Volksentscheiden zu vernehmen war – verbunden mit dem Bedauern, dass man im eigenen Land über derartige Themen nicht selber abstimmen könne.

Gestörtes Demokratieverständnis

Nochmals: Es geht bei diesen Feststellungen nicht um die Themen der genannten beiden Abstimmungen, sondern einzig und allein um das damit verbundene Demokratieverständnis jener Schweizer Kreise, die aus ihrer politisch-moralischen, teil-

weise aber auch politisch-dogmatischen Haltung weitgehend erst im Nachhinein gegen beide Initiativen aufgetreten waren, jedoch im jeweiligen Abstimmungskampf mehr oder weniger durch Nichtpräsenz brilliert hatten.

Es kann wohl nicht angehen, dass Schweizer Politgrössen bzw. solche, die es zu sein glauben, im Vorfeld einer Initiativelancierung vorhandenen Interventionsmöglichkeiten nur verhalten oder gar nicht nutzen, im Abstimmungskampf weitgehend auf Tauchstation verharren und dann im Nachhinein – wenn das Resultat nicht der eigenen Haltung entspricht – dieses nicht nur empört in Frage stellen, sondern es dann über ausländische Gerichte zu torpedieren versuchen.

Wir sind das Volk!

Fazit: Wir nehmen mit Staunen zur Kenntnis, dass die bei uns bekannten und praktizierten demokratischen Formen der direkten Mitbestimmung in der westlichen Welt in zunehmendem Masse ebenfalls eingefordert werden. Tunesien und Ägypten dürften dabei – zum Beispiel in der arabischen Welt – Zeichen setzen, die auf Nachahmerländer schliessen lassen. Wir registrieren aber auch, dass das Volk selbst in gefestigten demokratischen Ländern – allerdings mit repräsentativen Demokratien – ebenfalls in zunehmendem Masse direkte Mitbestimmung verlangen.

Jedoch im traditionellen «Hort der direkten Demokratie», in unserem eigenen Land, sind Ansätze festzustellen, welche diese bewährte direkte Mitsprache einschränken oder – wenn sie nicht dem eigenen Gusto entspricht – gar über fremde Richter ausser Kraft setzen lassen wollen. Wir müssen diese Tendenz im Auge behalten und uns nötigenfalls dagegen entschieden zur Wehr setzen. Wir sind das Volk – und nicht selbsternannte «Demokratie-Experten» oder gar Gerichte in fremden Ländern!

Hans Rudolf Gysin, Nationalrat, Direktor Wirtschaftskammer Baselland

KOMMENTARE AUF SEITEN 1 UND 3

BAZ-UMFRAGEN

Klare «Antworten des Tages»

In jeder ihrer Ausgaben stellt die «Basler Zeitung» ihren Leserinnen und Lesern eine «Frage des Tages» zu einem ihrer aktuell bearbeiteten Redaktionsthemen. So einerseits am 29. Januar: «Braucht es die Wiedervereinigung?». Der Hintergrund dazu war der ganz knapp zustimmende Landratsbeschluss zu einem Postulat der damaligen CVP-Landrätin und heutigen Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter. Sie stellte darin den Antrag, die Wiedervereinigung von Basel-Stadt und Basel-Landschaft sei quasi in einer «Trockenübung» durchzuspielen. Die Antwort der BaZ-Leserschaft zu dieser Tagesfrage war am 31. Januar mit 70 Prozent unmissverständlich: Nein!:



Ebenso klar – mit 71 Prozent Ja – antwortete die Leserschaft am 3. Februar auf die Frage: «Finden Sie das (BL-)Sparpaket von 164 Millionen gut?»:



AUS DEM KANTON

Baselbieter Umweltschutzgesetz soll geändert werden

Laut einem Beschluss der Baselbieter Regierung vom 8. Februar 2011 soll das Umweltschutzgesetz des Kantons Basel-Landschaft geändert werden. Denn: Der Baselbieter Souverän hatte am 13. Juni 2010 an der Urne die nichtformulierte Volksinitiative «Totalsanierung der Chemiemülldeponien in MuttENZ» mit 61,97 Prozent Nein-Stimmen zu 36,86 Prozent Ja-Stimmen klar abgelehnt, den Gegenvorschlag mit 67,89 Prozent Ja-Stimmen zu 28,78 Prozent Nein-Stimmen ebenso klar angenommen. Die damit verbundene Änderung des Baselbieter Umweltschutzgesetzes wird nun dem Landrat vorgelegt.

Neue Tempokontrollen im Arisdorf-Tunnel

Die erste Abschnitts-Geschwindigkeitskontrolle (AGK) der Schweiz ist auf der A2 im Baselbiet – auf der Länge des Tunnels Arisdorf – seit kurzem «scharf» geschaltet: Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) hat nach halbjähriger Aufbau- und Testphase den regulären Betrieb des neuartigen Messsystems aufgenommen. Eine AGK überwacht die Durchschnittsgeschwindigkeit der Fahrzeuge über einen längeren Abschnitt – im Arisdorftunnel rund 1,5 Kilometer in Fahrtrichtung Süd. Die Anlage erfasst die Fahrzeuge bei der Ein- und Ausfahrt und errechnet in kürzester Zeit das Durchschnittstempo der Messstrecke. Die AGK hat im Kanton Baselland unter anderem auch bei Landratsmitgliedern zu harscher Kritik geführt – nicht zuletzt aus Gründen des Datenschutzes.

(Quelle SDA)

BASELLAND – Projektorganisation zur Umsetzung des Abstimmungsentscheides ist gebildet. Bildungsharmonisierung auf gutem Weg

Am 26. September 2010 hat der Baselbieter Souverän die Beschlüsse des Landrats zur Harmonisierung im Bildungswesen angenommen. Anfang Februar 2011 hat der Baselbieter Regierungsrat die Projektorganisation genehmigt.

Für die jetzt anstehenden Umsetzungsarbeiten im Rahmen der Bildungsharmonisierung im Kanton setzte der Auftraggeber, Regierungsrat Urs Wüthrich-Pelloli, die Projektorganisation «Bildungsharmonisierung Basel-Landschaft» ein. Geleitet wird das Projekt von Alberto Schneebeli, Leiter der Stabsstelle Bildung im Generalsekretariat der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion (BKSD). Da die Reorganisation und Angleichung der Schulstrukturen diverse Bereiche des kantonalen Bildungswesens betrifft, sind die wichtigen Anspruchsgruppen und Ansprechpartner im Projektausschuss organisatorisch eingebunden.

In der Zwischenzeit wurden die Projektorganisation und deren personelle Besetzung im Rahmen des Projektdesigns dem mit den relevanten Anspruchsgruppen, den Sozialpartnern und Einwohnergemeinden besetzten Projektausschuss vorgestellt.

Sämtliche Schultypen einbezogen

Das Projektdesign sieht drei Projektteams vor: Das «Projektteam Volksschule» wird von Gottfried Hodel vertreten, Heinz Mohler ist Projektleiter des «Projektteams Berufsbildung» und Werner Baumann tritt als «Projektleiter Gymnasium» auf. Die von diesen Projektteams zu leistenden Arbeiten werden in detaillierten Mandaten beschrieben.

Der Einbezug sämtlicher Schultypen ist deshalb von Bedeutung, weil die Strukturveränderungen nicht nur den Beginn der schulischen Laufbahn betreffen, sondern alle Schulstufen umfassen. Die Anpassung der Lehrpläne



Die 2010 beschlossene Harmonisierung wird jetzt umgesetzt. BILD FOTOLIA

erfolgt im Hinblick auf den entstehenden Deutschschweizer Lehrplan.

Zeitlich koordinierte Einführung in beiden Basel

Aufgrund der engen schulischen Verbindungen der beiden Basel ist eine zeitlich koordinierte Einführung des harmonisierten Schulsystems in den

Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt in Planung. Zu diesem Zweck steht eine bikantonale Absichtserklärung betreffend die Zusammenarbeit in der Umsetzung der Projekte «Harmonisierung Bildungswesen Basel-Landschaft» und «Schulharmonisierung Basel-Stadt» kurz vor ihrer Perfektion. (Reg BL)

IMPRESSUM

Herausgeber/Verlag: Schweizerischer Gewerbeverband sgv, Schwarztorstrasse 26, Postfach 8166, 3001 Bern, Tel. 031 380 14 14 – verlag@sgv-usam.ch
Redaktion sgz: Schwarztorstrasse 26, 3007 Bern, Tel. 031 380 14 14 – redaktion@sgv-usam.ch

Regionalbund «Standpunkt»
 Herausgeber: Wirtschaftskammer Baselland
 ■ Arbeitgeber Baselland ■ Unabhängiges Podium für eine liberale Wirtschaft und Gesellschaft
 Haus der Wirtschaft, Altmarktstrasse 96, 4410 Liestal

Tel. 061 927 64 64, Fax 061 927 65 50
 Internet: www.kmu.org
 e-mail: standpunkt@kmu.org
Verantwortung: Hans Rudolf Gysin, Direktor
Redaktion/Umbruch: Edi Borer (ebo.)
Produktion: IWF, Postfach 633, 4410 Liestal

Abonnement im Mitgliederbeitrag inbegriffen
Adressänderungen:
 Bitte an Wirtschaftskammer Baselland
 e-mail: standpunkt@kmu.org
 Abdruck von Textbeiträgen mit vollständiger Quellenangabe ist erlaubt.

WIRTSCHAFT SCHWEIZ

Firmen wollen mehr Personal einstellen

Den Schweizer Unternehmen geht es nach wie vor gut. Sie konnten gemäss einer Umfrage im vierten Quartal 2010 ihre Produktion erneut steigern und sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden. Auch planen die Betriebe, ihren Personalbestand aufzustocken.

Export hat kräftig zugelegt

Die industrielle Produktion in der Schweiz stieg im vierten Quartal im Ausmass der Vormonate, wie aus der Januar-Umfrage der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich bei 7000 Firmen aus Industrie, Baugewerbe und der Dienstleistungsbranche hervorgeht. Dabei hätten die exportorientierten Firmen nach dem drastischen Einbruch im Jahr 2009 ihre Produktion kräftiger ausweiten können als die binnenorientierten. Die Auslastung der Kapazitäten kletterte auf 84,8 Prozent. Damit liegen sie gemäss KOF leicht über dem langjährigen Durchschnitt von 84 Prozent.

Gastgewerbe weniger optimistisch

Besser liefen die Geschäfte auch im Detailhandel und im Grosshandel. Im Baugewerbe habe sich die positive Beurteilung der Geschäftslage fortgesetzt. Auch die Banken und Versicherungen sehen die Geschäftslage als positiv. Getragen werde die gute Stimmung bei den Banken vor allem durch das Geschäft mit den Schweizer Kunden. Die Geschäftslage mit den ausländischen Kunden beginne sich zu stabilisieren, hiess es weiter.

Mit Ausnahme der Hotels und Restaurants erwarteten alle befragten Branchen für die kommenden drei Monate eine steigende Nachfrage. Etwas zuversichtlicher als früher sind die Industrie, das Baugewerbe sowie der Bereich Verkehr/Kommunikation/Information.

Betriebe suchen mehr Personal

Der Welthandel habe sich stärker entwickelt als viele Leute noch vor kurzem erwartet hätten, so die KOF. Davon profitierten auch die Schweizer Unternehmen. Dadurch könnten sie die Verschlechterung der Wettbewerbssituation durch die Aufwertung des Franks besser verkraften. Insgesamt planen die Unternehmen eine Aufstockung des Personalbestandes. Mit Ausnahme des Gastgewerbes beabsichtigen alle befragten Branchen, bis Jahresende mehr Leute einzustellen. (Quelle SAV)

LINK

www.kof.ethz.ch

KMU FRAUEN BASELAND

Jahresprogramm 2011

Für das Jahr 2011 sind für die KMU Frauen Baselland folgende Anlässe geplant. Die Mitglieder erhalten für die Anlässe rechtzeitig Einladungen mit allen notwendigen Detailinformationen.

Vollversammlung KMU-Frauen

Donnerstag, 24. Februar 2011, 18 Uhr, im Haus der Wirtschaft, Liestal

Fitness-Tag der KMU-Frauen

April 2011

Führung durch den Basler Zolli

Mai 2011

Sommerplausch

August 2011

Die KMU Frauen gehen mit ihren Partnern gemeinsam zum Fischen.

KMU Frauen beim Boxen

September 2011

An einer Mitgliedschaft bei den «KMU Frauen Baselland» interessierte Damen sind herzlich eingeladen, an einzelnen der oben aufgeführten Anlässen teilzunehmen und dabei die KMU-Frauen und ihre Tätigkeit in der Praxis unverbindlich kennenzulernen. Wir bitten jedoch um vorherige Anmeldung.

Weitere Auskünfte und Anmeldung:

Tel. 061 927 65 58 oder kmu-frauen@kmu.org

POLITIKOLUMNE

Selber vor die Haustüre treten!

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: «Dänemark hat einen hohen Anteil an Frauen, die am demokratischen Prozess teilnehmen. Zudem haben Minderheiten einen einfacheren Zugang zu politischer Macht.» So begründet Marc Bühlmann vom Zentrum für Demokratie der Universität Zürich die bemerkenswerten «Tatsache», dass die Bevölkerung der parlamentarisch-demokratischen Monarchie Dänemark angeblich in einer mustergültigen Spitzendemokratie lebe, derweil die Schweizerinnen und Schweizer bezüglich demokratischer Qualitäten unter dreissig Vergleichsstaaten bloss Mittelmass (Platz 14) seien. Demokratisch sehr viel besser muss man sich demnach sogar in der (ständig vom Zerfall bedrohten) parlamentarischen Monarchie Belgien sowie in Deutschland oder Slowenien fühlen.

Das kann man am neuesten Demokratiebarometer der Universität Zürich und des Wissenschaftszentrums Berlin ablesen. Es zeigt angeblich «die Entwicklung der 30 besten Demokratien der Welt». Massgebend war, «wie gut ein Land die drei Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Kontrolle und die neun grundlegenden Funktionen der Demokratie erfüllt». Die Universitätschiedsrichter befanden, die Schweiz erweise sich zwar hinsichtlich der Erfüllung individueller Freiheiten, aktiver Öffentlichkeit, Wettbewerb und Regierungsfähigkeit als «ein demokratisches Musterland». Aber die Legislative (Bundesversammlung) könne die Regierung (Bundesrat) nur sehr unzureichend kontrollieren, und die Judikative (Bundesgerichte) sei nicht sehr unabhängig. Dabei belegen Erfahrung und Praxis das pure Gegenteil! Der Schweizer Marc Bühlmann dokumentiert mangelnde Bodenhaftung auf dem direkt-demo-



Peter Amstutz ist akkreditierter Bundeshausredaktor. Er war lange Jahre Leiter der Bundeshausredaktion der BaZ.

Der Autor vertritt in dieser Kolumne seine persönliche Meinung.

kratischen Feld mit entlarvender Unbedarftheit: «Die ausländische Bevölkerung der Schweiz, rund ein Fünftel der Einwohner, kann gar nicht am politischen Prozess teilnehmen (...). Aber fast noch gravierender ist, dass in der Schweiz die Wahl- und Abstimmungsbeteiligung bei nicht mehr als 40 Prozent liegt.» Dass auch diese «Mängel» klarer Ausdruck demokratischer Willensbildung sind, zählt nicht.

Meitscheiden kann in der Schweiz nur, wer ganz dazu gehört, also eingebürgert wurde. Und auch Stimmenthaltung ist ein demokratischer Akt. Schweizerinnen und Schweizer haben zwar ein aktives und passives

Stimm- und Wahlrecht, aber ganz gewiss keine Pflicht, dieses auszuüben, bis fast hundert Prozent der Zettel in den Urnen liegen. Man verzichtet fallweise auf den Urnengang, wenn man nichts sagen will.

Laut Bühlmann führt so viel Freiheit dazu, dass «mehrheitlich Wohlhabende, Ältere, Gebildete und überproportional viele Männer» die Staatsgeschicke bestimmen. Ihm fehlen an Abstimmungssonntagen «die jungen, ungebildeten Frauen». Das sei so, weil es keine politische Bildung gebe. «Staatskunde» genüge nicht, um den «politischen Geist» zu fördern.

Wie ein Akademiker es (auf Kosten der Steuerzahler) fertig bringt, die im Grunde genommen unvergleichliche direkte Demokratie der dreistufig organisierten Schweiz derart oberflächlich und falsch zu bewerten, bleibt sein Geheimnis. Während man in Berlin oder Brüssel immer wieder klagen hört, Demokratie nach Schweizer Art wäre der beste Weg, um Konflikte zu vermeiden und mehrheitsfähige Entscheide zu finden, kommt aus Zürich nun die Kunde, das sei bloss eine halbe Sache. Selber schuld, wer das ernst nimmt.

Worum es wirklich geht, kann man bei Gottfried Keller (1819–90) in den «Zürcher Novellen» nachlesen: «Keine Regierung und keine Baillone vermögen Recht und Freiheit zu schützen, wo der Bürger nicht imstande ist, selber vor die Haustüre zu treten und nachzusehen, was es gibt.» So bestimmen eidgenössische Demokraten ihr Schicksal – Ranglisten hin oder her. P.A.

MEHR ZUM THEMA AUF SEITEN 1 UND 2

STUDIENERGEBNIS – Alkohol am Arbeitsplatz ist teuer für Firmen.

Kosten von rund 1 Mia. Franken jährlich

Experten haben – nach einer Umfrage bei 1300 Betrieben – erstmals für die Schweiz berechnet, wie teuer für Arbeitgeber problematischer Alkoholkonsum am Arbeitsplatz ist: Er verursacht jährlich Kosten von einer Milliarde Franken. Beratende Unterstützung für Arbeitgeber ist vorhanden.

Primär Produktivitätseinbussen

Der grösste Teil der jährlichen Kosten von einer Milliarde Franken – vier Fünftel – entfällt auf Produktivitätseinbussen, wie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) mitteilte. Menschen, die während der Arbeit trinken, leisten gemäss Studie rund 15 Prozent weniger als nüchterne Personen. Neben der entgangenen Produktivität führt der problematische Alkoholkonsum auch zu Kosten wegen vermehrter Absenzen sowie wegen Unfällen.

Rund 70'000 Erwerbstätige betroffen

Bestellt bei einer Beratungsfirma wurde die Studie vom BAG und von der Unfallversicherungsanstalt Suva. Deren Experten befragten Personalverantwortliche von 1300 Firmen. Ein Drittel davon gab an, Mitarbeitende mit einem problematischen Alkoholkonsum zu beschäftigen. Von den Angestellten der 1300 befragten Firmen sind laut BAG 2 Prozent von Alkoholproblemen betroffen. Hochgerechnet auf die 3,5 Millionen Erwerbstätigen in der Schweiz entspricht dies etwa 70'000 Personen. Am stärksten betroffen sind das Gast- und das Baugewerbe mit 5,1 Prozent



Rund 70'000 Erwerbstätige haben ein Alkoholproblem – auch am Arbeitsplatz.

bzw. 3,9 Prozent Betroffenen. Am wenigsten solche Personen gibt es gemäss Studie in der öffentlichen Verwaltung und im Schulwesen mit einem Anteil von 0,5 Prozent.

Rechtzeitig und angemessen reagieren können

Stärker betroffen sind auch kleinere Betriebe mit 10 bis 20 Mitarbeitenden. Personalverantwortliche solcher Firmen gaben mehr als doppelt so oft an, Angestellte mit Alkoholproblemen zu beschäftigen. Ein Grund dafür könnte gemäss Studie sein, dass die Personalverantwortlichen in KMU in engerem Kontakt zu den Angestellten stehen als in grossen Firmen. 26 Prozent der Unternehmen, die solche Menschen beschäftigen, verfügen über ein Präventionsprogramm, bei 10 Prozent ist ein solches in Planung. Im Vordergrund stehen

dabei Alkoholverbote vor oder während der Arbeit, beschränkter Zugang zu Alkohol am Arbeitsplatz sowie Beratung.

Im Rahmen des Nationalen Programms Alkohol wurden verschiedene Instrumente und Angebote erarbeitet. Sie sollen es insbesondere Personal- und Ausbildungsverantwortliche ermöglichen, frühzeitig und angemessen auf Alkoholprobleme der Mitarbeitenden zu reagieren.

So stellt zum Beispiel «Sucht Info Schweiz» in Zusammenarbeit mit der Gesundheitsförderung Schweiz, dem SECO sowie der Suva den Arbeitgebern die Website www.alkoholam Arbeitsplatz.ch mit Informationen sowie eine Broschüre zur Verfügung. Zudem betreibt die Suva eine Website zum innerbetrieblichen Gesundheitsmanagement unter <http://selbstestbgm.suva.ch>. Schliesslich vermittelt auch die Gesundheitsförderung Schweiz auf www.kmu-vital.ch Tipps für gesunde Betriebe.

Weitere Informationen auf der BAG-Website:

LINK

www.bag.admin.ch



ALLES UNTER EINEM DACH

Unsere Dienstleistungen:
Grafisches Service-Zentrum
EDV · Treuhand
kreativAtelier · Restaurant Albatros

Kompetent. Persönlich. Sympathisch.

Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte
Aumattstrasse 70–72 · Postfach · CH-4153 Reinach 1
Telefon 061 717 71 17 · Fax 061 717 71 00
info@wbz.ch · www.wbz.ch

KMU-Lehrbetriebsverbund Baselland und Umgebung

Rekrutierung der
Lernenden in
Rekrutierungs-
Assessments

Schaffung
zusätzlicher
Lehrstellen

Zusätzliche
intensive
Betreuung
der Lernenden –
schulisch
& sozial

Administrative Entlastung
zugunsten der Lehrbetriebe

Prüfungs-
vorbereitungen

Intensive Begleitung
der Lehrbetriebe
und der Lernenden

- Elterngespräche
- Semesterqualifikation
- Zielvereinbarungen

Kontaktpflege

Nachhilfe-
und
Stützkurse

Informationen/Kontakt:

**KMU-Lehrbetriebsverbund
Baselland und Umgebung
Altmarktstrasse 96
4410 Liestal**

Telefon: **+41 61 927 65 30**

E-Mail: **lehrbetriebsverbund@kmu.org**

Internet: **www.kmu-lehrbetriebsverbund.ch**